



Presseschau vom 21.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Donbass: Russland rügt Entführung eines OSZE-Beobachters durch die Ukraine**

Moskau hat Kiew aufgefordert, über den Verbleib von Andrei Kossjak zu berichten: Der Vertreter der Volksrepublik Lugansk im JCCC der OSZE im Donbass wurde kürzlich von ukrainischen Kämpfern entführt. Derweil ist der Sitz der OSZE-Mission in Donezk durch einen Protest blockiert. ...

<https://kurz.rt.com/2p78>

de.rt.com: **Äthiopische Armee fliegt Luftangriffe: EU stellt "angemessene Reaktion" und Sanktionen in Aussicht**

Äthiopien kommt nicht zur Ruhe, der Konflikt zwischen der Armee und den Kämpfern der TPLF eskaliert weiter. Nun flog die äthiopische Luftwaffe nach eigenen Angaben gezielte Angriffe auf TPLF-Infrastruktur in Mek'ele, der Hauptstadt der Region Tigray. Die USA und die EU fürchten um den Frieden und die Menschenrechte. ...

<https://kurz.rt.com/2p4u>

Gert Ewen Ungar: **Kontrollierte Meinung: Thinktank will Deutschland zum Propagandastaat umbauen**

Die DGAP hat für die künftige Bundesregierung Aktionspläne erarbeitet, welche die

außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands stärken und westliche Werte gegen Angriffe verteidigen sollen. Konsequenz umgesetzt bliebe von den verteidigten Werten jedoch keiner übrig. ...

<https://kurz.rt.com/2p4t>

Kaspar Sachse: Spahns PR-Trick: "Epidemische Lage" beenden – Corona-Maßnahmen beibehalten

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln: Jens Spahn möchte gerne derjenige sein, der die "epidemische Lage von nationaler Tragweite" beendet. Diesen Rechtsbegriff hat das von Spahn geleitete Ministerium als Teil des Infektionsschutzgesetzes im März 2020 selbst initiiert. Damit soll es nun bald vorbei sein – mit den Maßnahmen aber nicht. Derartige Manöver kennt man bereits zuhauf. ...

<https://kurz.rt.com/2p7d>

Armin Siebert: Neue EU-Sanktionen gegen Russland noch diesen Herbst?

Kommt es bald zu neuen Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland? Das vermutet ein russischer Experte. Die EU dürfte sich dabei wie immer an Washington orientieren. ...

<https://snanews.de/20211021/neue-eu-sanktionen-gegen-russland-4042562.html>

Liudmila Kotlyarova: „Formal verstößt Lukaschenko gegen nichts“ – Publizist erklärt politisches „Geschrei“ um Migranten

Bundesinnenminister Horst Seehofer weist die Vergleiche der Situation mit den Migranten an der polnisch-weißrussischen Grenze mit den Flüchtlingen 2015 entschieden zurück und will Sanktionen gegen beteiligte Fluggesellschaften und andere Unternehmen. An Präsident Lukaschenko kommt man offenbar nicht so schnell ran. Doch was sollen die Sanktionen? ...

abends/nachts:

de.rt.com: Chile: Tausende feiern Jahrestag der sozialen Erhebung

Vor zwei Jahren zwangen massive soziale Protesten gegen die neoliberale Ordnung die Regierung zur Wahl eines Verfassungskonvents und zur Einleitung eines Referendums über eine neue Verfassung. Am Jahrestag kam es erneut zu Ausschreitungen mit zwei Toten und zahlreichen Verletzten.

Zwei Jahre nach Beginn der historischen Proteste in Chile haben am Montag Tausende von Menschen an Massenprotesten teilgenommen. Sie erinnern damit an die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und ein Verfassungsreferendum. Diese öffnete die Tür zur Erneuerung der politischen Klasse in einem Land, das als erfolgreichstes Beispiel für neoliberale Politik in Lateinamerika galt.

Der Ausbruch aus den für einen Großteil der Bevölkerung schwierigen sozialen Verhältnissen beendete die Illusion wirtschaftlichen Erfolgs durch neoliberale Politik. Das protestierende Volk brachte zum Ausdruck, dass es der tiefgreifenden Ungleichheit überdrüssig war, die durch ein Wirtschaftsmodell hervorgerufen wurde, das in Chile die Konzentration des Reichtums bei einigen wenigen Familien begünstigte. Dazu zählte auch die des Präsidenten Sebastián Piñera, der nun vor dem Ende seiner Amtszeit steht. Dessen Politik wird von der Mehrheit der Bürger verurteilt. Zudem wird Piñera strafrechtlich verfolgt und bereits wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Ihm droht nun ein Amtsenthebungsverfahren. Die Plaza Italia in Santiago, die von den Demonstranten in Plaza Dignidad (Platz der Würde) umbenannt wurde, war das Zentrum der Feierlichkeiten rund um einen der wichtigsten Volksproteste der letzten Jahre in Lateinamerika.

Ausmaß und Sogwirkung der Proteste waren Anfang Oktober 2019 unvorstellbar, als zunächst

Oberstufenschüler über die Drehkreuze der U-Bahn sprangen, um gegen die Fahrpreiserhöhung zu protestieren. Die Proteste wiederholten sich mit rasant steigender Teilnehmerzahl und erreichten in der Nacht des 18. Oktober mit Massenprotesten, bei denen es zu Plünderungen und Brandstiftungen kam, ihren Höhepunkt. Nun forderten nicht mehr nur die Studenten, sondern Demonstranten aus weiten Teilen der Bevölkerung Veränderungen. Der Staat reagierte auf die Ausschreitungen zunächst mit Härte: Während die Polizeieinheiten nach Belieben Gewalt ausübten, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre und versuchte, die Demonstranten zu diskreditieren.

Im Ergebnis dieser Proteste standen 34 Tote und Tausende von Verwundeten. Mehr als 350 von ihnen erblindeten, weil die Polizei den Demonstranten direkt in die Augen schoss. Rund 2.500 weitere wurden inhaftiert. Sie gelten heute als "Gefangene des Aufstands". Da sie von der Opposition als politische Gefangene eingestuft werden, läuft derzeit eine Kampagne zu deren Begnadigung.

Anlässlich des zweiten Jahrestages der Proteste starben allerdings am Montag in Chile erneut zwei Menschen. Bei den landesweiten Demonstrationen wurden zudem 56 Menschen verletzt und weitere 450 festgenommen.

Das berichtete Marcelo Araya, Direktor für Ordnung und Sicherheit der chilenischen Polizei. Die weitgehend friedlichen Proteste tausender Menschen seien von einzelnen Gewaltakten überschattet worden.

Nach Angaben der Polizei wurde ein Mann bei einem versuchten Raubüberfall auf ein Geschäft erschossen, während das zweite Todesopfer eine Frau war, die nach einem Sturz von einem Motorrad starb. Beide Vorfälle ereigneten sich in der Hauptstadt Santiago. Araya erklärte:

"Dieser Tag war im Wesentlichen komplex und voller Kontraste."

Er fügte hinzu, dass die chilenische Polizei eine umfangreiche Operation durchgeführt habe, an der sich 20.000 Polizisten beteiligten. Der Einsatz habe bis in die frühen Morgenstunden andauert.

Insgesamt hätten 232 Demonstrationen stattgefunden. Die Polizei erfasste zudem 109 Barrikaden, 35 Plünderungen, 12 Brandanschläge, 49 Ausschreitungen, 15 Angriffe auf Behörden, 13 Angriffe auf Polizeikasernen und 15 Schadensfälle. Araya wies ferner darauf hin, dass die Plünderungen hauptsächlich in der Metropolregion Santiago stattfanden.

Unter den 56 Verletzten befinden sich 45 Polizeibeamte. Zwei von ihnen sind zurzeit in ernstem Zustand, bei weiteren elf mit konnte der Zustand noch nicht prognostiziert werden. Der chilenische Innenstaatssekretär Juan Francisco Galli machte die Opposition für die Gewalt verantwortlich. Namentlich nannte er den linken Präsidentschaftskandidaten Gabriel Boric, der in Wahlumfragen vorne liegt, sowie die ehemalige Senatspräsidentin Yasna Provoste. Galli äußerte:

"Abgesehen von den materiellen Urhebern dieser Verbrechen – wer ist letztendlich für diese Gewalt verantwortlich? Ich denke, dass es diejenigen sind, die in unserem Land ein Gefühl der Straffreiheit geschaffen haben, dass die Begehung von Gewaltverbrechen in Chile nicht verurteilenswert ist."

Er steht dem Vorschlag, die bei den Protesten im November 2019 Inhaftierten als politische Gefangene anzuerkennen und zu begnadigen, bislang ablehnend gegenüber. Chile wählt am 21. November einen neuen Präsidenten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616ffc2648fbef07224820b2.jpg>

snanews.de: **London, Berlin, Paris und Stockholm koordinieren ihre Antworten zu Nawalny – russischer Diplomat**

Die Antworten von Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Schweden auf Fragen Russlands im Fall Nawalny sind gleichzeitig erfolgt und zeugen von koordiniertem Handeln, sagte der ständige Vertreter Russlands in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), Alexander Schulgin, gegenüber SNA am Mittwoch.

„Koordinierte Handlungen von Frankreich, Schweden, Deutschland und Großbritannien machen auf sich aufmerksam. Diese Länder haben ihre Antworten gleichzeitig gegeben. Dies lässt erahnen, dass sie sich gegenseitig beraten und ihr Herangehen abgestimmt hatten. Doch das Ergebnis ist völlig nichtig, das Bild bleibt unklar. Die von ihnen gegebenen Antworten sind durchaus bedeutungsleer“, sagte Schulgin.

„Als sehr gewissenhafte Teilnehmer der Organisation für das Verbot chemischer Waffen sind wir unseren Verpflichtungen aus der Chemiewaffenkonvention treu, und wir tun alles nur Mögliche, um diese Situation zu klären, und befolgen selbstredend alles, was in der Konvention vorgesehen ist. Wenn Fragen kommen sollten, werden wir diese beantworten. Vor allem erwarten wir aber reale, nicht erdachte Antworten von Seiten der westlichen Länder. Sie tun einen falschen Griff, indem sie Fragen an uns richten“, so der russische Diplomat. Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Schweden sollten „sich an der eigenen Nase packen, um diese verworrene Geschichte zu klären“.

„Wir werden darauf bestehen, dass alle Umstände des Geschehens mit dem Blogger in Tomsk geklärt werden“, fügte der Diplomat hinzu.

Zuvor hatten Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Schweden ihre Antworten auf die bei der OPCW eingereichte Anfrage Russlands zur Situation mit Nawalny gegeben.

Die ständige Vertretung Großbritanniens wies die Behauptungen Russlands zurück und bezeichnete sie als „Versuch, der Verantwortung zu entgehen“. Die ständige Vertretung Deutschlands wies ebenfalls die Vorwürfe Russlands zurück. Die Anfrage Russlands vom 7. Oktober zum Fall Nawalny „enthält keine Antworten auf viele Fragen, die eine Gruppe von 45 Ländern an die ständige Vertretung Russlands richtete“, hieß es.

Die ständige Vertretung Frankreichs bei der OPCW hat in ihrer Antwort an Russland dessen Anfrage um Rechtshilfe abgelehnt. Schweden erklärte, es habe im Rahmen der deutschen Anfrage in Bezug auf die Analyse biomedizinischer Proben von Herrn Nawalny gehandelt und weise deshalb die Fragen nach der Formel an Deutschland ab.

Bereits früher hatten die USA und weitere 44 Länder auf der OPCW-Ebene eine Fragenliste hinsichtlich des Zwischenfalls mit Nawalny an Russland gerichtet und das Land aufgefordert, binnen zehn Tagen eine Antwort zu schicken. In dem Schreiben zeigten sich die Länder besorgt über „den Mangel an Transparenz und Kooperation“ seitens Moskaus im

Zusammenhang mit dem Fall Nawalny. Moskau richtete daraufhin eine Anfrage an Deutschland, Frankreich und Schweden sowie an das technische Sekretariat der genannten Organisation.

Fall Nawalny

Der oppositionelle russische Blogger Alexej Nawalny wurde am 20. August in ein Krankenhaus im sibirischen Omsk gebracht, nachdem er während eines Fluges von Tomsk nach Moskau zusammengebrochen war. Örtliche Ärzte diagnostizierten bei Nawalny schwere Stoffwechselstörungen, deren Ursache unklar war. Giftspuren wurden den Omsker Ärzten zufolge weder im Blut noch im Urin Nawalnys nachgewiesen.

Auf Drängen seiner Familie wurde Nawalny zur weiteren Behandlung in die Berliner Klinik Charité geflogen. Die Bundesregierung teilte unter Berufung auf Bundeswehr-Mediziner mit, dass bei Nawalny Spuren eines Nervengifts aus der Nowitschok-Gruppe festgestellt worden seien. Berlin zufolge wurden die Schlussfolgerungen deutscher Experten in Labors in Schweden und Frankreich bestätigt. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) führe auf Berlins Anfrage hin eigene Ermittlungen durch, hieß es.

Der Kreml gab bekannt, Berlin habe keine verifizierbaren Beweise zur Verfügung gestellt. Das russische Außenministerium betonte mehrmals, Russland warte auf eine Antwort Deutschlands auf die offizielle Anfrage zu der Situation. Innerhalb eines Monats wurden drei Rechtshilfersuchen seitens Russlands an Deutschland gerichtet. Bislang gibt es keine bzw. Antworten, die von der russischen Regierung als völlig unzureichend bezeichnet werden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/0c/1248955_0:0:3101:1745_1920x0_80_0_0_1b27d1682c615e17c4c54732feb06d1d.jpg

de.rt.com: Afghanistan-Konferenz in Moskau: Russland im Kontakt mit Taliban, um ihre Ziele zu verstehen

In Moskau finden heute Gespräche zum Friedensprozess in Afghanistan statt, bei denen auch die Taliban vertreten sind. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat bei dem Treffen die Taliban-Regierung dazu aufgerufen, die Grundrechte aller afghanischen Einwohner zu gewährleisten.

Am 20. Oktober 2021 findet die dritte Afghanistan-Konferenz in Moskau statt. An den Gesprächen hinter verschlossenen Türen nehmen Vertreter von zehn Ländern einschließlich Afghanistans, seines Nachbarn China, Irans und Pakistans teil. Die Taliban, die nach dem NATO-Abzug in Afghanistan an die Macht gekommen waren, sind auf dem Treffen durch zehn Personen vertreten, angeführt von dem Vizepremier der Taliban-Regierung, Abdul Salam Hanafi.

Sergei Lawrow, der russische Außenminister, forderte zu Beginn der Gespräche mehr Anstrengungen für einen dauerhaften Frieden in Afghanistan. Zugleich rief er die Taliban auf, die Grundrechte aller afghanischen Einwohner zu gewährleisten. Außerdem brachte der russische Top-Diplomat wieder die Frage der Bildung einer inklusiven Regierung in

Afghanistan auf den Tisch. Gegenüber Journalisten sagte er diesbezüglich:

"Die Aufgabe, einen dauerhaften Frieden in Afghanistan zu erreichen, bleibt dringend. Den Schlüssel zu ihrer erfolgreichen Lösung sehen wir vor allem in der Bildung einer wirklich inklusiven Regierung, die die Interessen aller, nicht nur der ethnischen Gruppen, sondern auch der politischen Kräfte des Landes vollständig widerspiegeln soll."

Wegen der fehlenden internationalen Anerkennung der Taliban-Regierung und aufgrund wirtschaftlicher und humanitärer Probleme könne die Lage nicht als stabil bezeichnet werden, unterstrich Lawrow. Diese Situation würden terroristische Gruppen ausnutzen. Zudem gebe auch das Problem der massenhaften Drogenherstellung Anlass zur Sorge.

Der amtierende Außenminister der Taliban, Amir Khan Muttaki, erklärte gegenüber Journalisten, die Taliban-Regierung erwarte ihrerseits von der internationalen Gemeinschaft, in dieser sensiblen Zeit zur Stabilität Afghanistans beizutragen, humanitäre Hilfe zu leisten und Vermögenswerte des Landes freizugeben. Mit der Machtübernahme der Taliban waren rund neun Milliarden US-Dollar an Reserven der Zentralbank des Landes eingefroren worden, die zu einem großen Teil in den USA geparkt sind.

Die Taliban werden in Russland als terroristische Organisation eingestuft und sind dort verboten. Bezüglich eines Treffens mit den Taliban-Vertretern in Moskau erklärte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow dennoch:

"Direkte Kontakte zielen darauf ab, besser zu verstehen, wie sich die Situation im Land entwickelt und welche Ziele die Taliban haben."

Russland habe die Taliban-Regierung zwar nicht anerkannt. Aber faktisch werde Afghanistan von den Taliban regiert, fügte der Sprecher hinzu. Russland sei an einer "Lähmung" des an die GUS-Länder grenzenden Staates nicht interessiert. Im Vorfeld des Treffens in Moskau betonte Lawrow nochmals, Moskau habe nicht vor, die Taliban anzuerkennen.

Die Taliban hatten nach dem Abzug der internationalen NATO-Truppen weite Teile des Landes erobert. Am 15. August 2021 zogen sie kampflos in die Hauptstadt Kabul ein. Im Land zeichnet sich aktuell eine schwere humanitäre Krise ab, die UN sehen die Wirtschaft kurz vor dem Kollaps. Darüber hinaus wird eine starke Fluchtbewegung innerhalb Afghanistans und möglicherweise auch über die Grenzen hinaus erwartet. Russland zeigte sich zuletzt im Zusammenhang mit einer terroristischen Bedrohung und dem zunehmenden Drogenschmuggel über die Situation in Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan besorgt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616ffc8b48fbef07256d5b81.jpg>

snanews.de: **Illegale Migranten stürmen Schutzzaun an weißrussisch-polnischer Grenze**
Polnische Grenzer haben am Mittwoch [Versuche illegaler Migranten verhindert, den Stacheldrahtzaun an der weißrussisch-polnischen Grenze zu zerstören](#). Meldungen des polnischen Grenzschutzes zufolge wurden gegen die Migranten Gewalt und Spezialmittel angewandt, darunter Tränengas.

„Heute in den Morgenstunden hatte eine Grenzstreife, die das Grenzgebiet im Raum der Siedlung Usnarz Górny patrouillierte, gewaltsame Versuche von Migranten aus einem Lager auf dem weißrussischen Gebiet gemeldet, die Grenze zu übertreten“, hieß es in der Mitteilung.

Etwa sechs Personen hätten Holzbalken auf den Drahtzaun geschleudert sowie die Grenzbeamten mit Steinen beworfen. Sie seien auch von der weißrussischen Seite unterstützt worden.

Zusätzliche Aufgebote von Grenzern, Armee und Polizei im Einsatz

In die Region wurden zusätzliche Aufgebote des polnischen Grenzschutzes entsandt, verstärkt durch Armee und Polizei. Berichten zufolge seien die Ausländer auf der weißrussischen Seite mit Äxten und Messern bewaffnet gewesen. 16 Migranten, die auf polnisches Gebiet gelangen konnten, seien auf weißrussisches Territorium zurückgedrängt worden, hieß es.

Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes wurden allein in den zurückliegenden 24 Stunden 424 Versuche illegaler Grenzübertritte registriert. Somit stieg ihre Zahl seit Anfang September auf rund **20.000**.

Dutzende Migranten sitzen an der Grenze fest

Einige Dutzend illegaler Migranten bleiben seit Monaten von polnischen und weißrussischen Grenzern im Raum von Usnarz Górny blockiert. Sie unternehmen regelmäßig Versuche, auf polnisches Gebiet zu gelangen, und werden von polnischen Grenzern abgewiesen. Der weißrussische Grenzdienst lässt sie ebenfalls nicht zurück nach Weißrussland durch. Die polnische Seite besteht darauf, dass sich die Migranten nicht auf neutralem Gebiet, sondern auf dem Territorium Weißrusslands aufhalten.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0a/04/3826724_0:126:3197:1924_1920x0_80_0_0_1af16c4638d37eb7a9faea464147079e.jpg

snews.de: Afghanscher Delegationsvertreter spricht von künftigen Reformen

Die von den Taliban gebildete Regierung ist laut einem Sprecher der afghanischen Delegation bei dem Treffen im „Moskauer Format“ noch keine endgültige Version.

„Es werden Reformen kommen, und es wird weitere Veränderungen in der Regierung geben. Es kann nicht gesagt werden, dass diese Regierung eine endgültige Regierung sei. Wie es früher hieß, wird das eine interimistische Regierung sein“, sagte der Delegationsvertreter gegenüber Journalisten am Mittwoch.

Die Teilnehmerstaaten des „Moskauer Formats“ haben darin übereingestimmt, dass es notwendig sei, mit Afghanistan und den Taliban, die an die Macht gekommen sind, zusammenzuwirken.

„Es wurde konstatiert, dass ein weiteres praktisches Zusammenwirken mit Afghanistan unter Berücksichtigung der neuen Realität, des Machtantritts der Taliban-Bewegung in diesem Land, aufgebaut werden muss – unabhängig von einer offiziellen Anerkennung der neuen

afghanischen Regierung durch die Völkergemeinschaft.“

Das geht aus einer Erklärung hervor, die auf der Webseite des Außenministeriums veröffentlicht wurde.

In Moskau wurde am Mittwoch ein Treffen zu Afghanistan im „Moskauer Format“ abgehalten. Daran nahmen Vertreter von zehn Ländern der Region und eine ranghohe Taliban-Delegation teil. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die militärpolitische Situation in Afghanistan nach dem Machtantritt der Taliban, humanitärer Beistand und die Bildung einer inklusiven Regierung.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/14/4036890_0:137:3153:1910_1920x0_80_0_0_22f4bf95537a1a04441b9a68e46539b5.jpg

de.rt.com: **Teheran und Moskau wollen militärische Zusammenarbeit verstärken**

Laut einem iranischen Spitzengeneral wollen beide Staaten ihre Zusammenarbeit intensivieren. Die neue iranische Regierung messe den Beziehungen mit "östlichen" Staaten eine besondere Bedeutung bei.

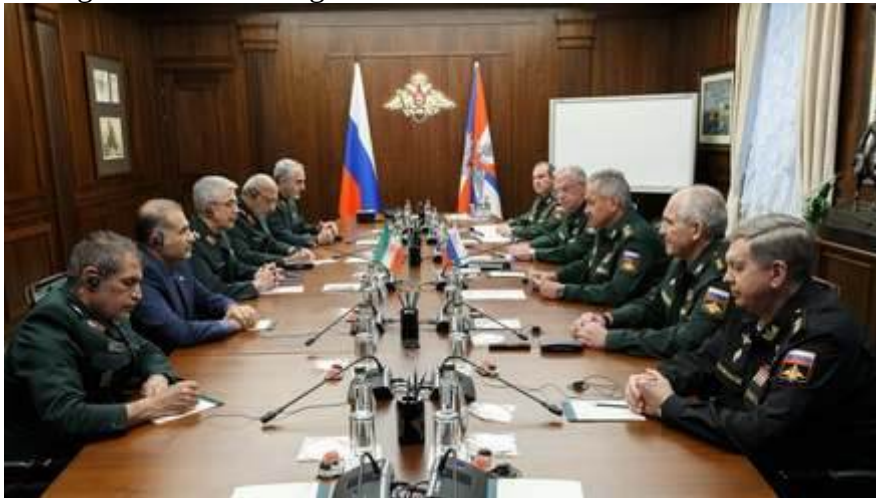
Moskau und Teheran haben signalisiert, ihre Zusammenarbeit im Bereich des Militärs verstärken zu wollen. Während eines Treffens in der russischen Hauptstadt am Dienstag erkundeten hochrangige iranische und russischen Generäle unter Mitwirkung des russischen Verteidigungsministers General Sergej Schoigu Möglichkeiten zur Stärkung und Wiederbelebung der gegenseitigen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Das geht aus einem Bericht der iranischen Nachrichtenagentur Fars hervor.

Während des Treffens erörterten beide Seiten das Militärabkommen, das demnächst unterzeichnet werden soll. In diesem Zusammenhang kündigte der iranische Generalstabschef General Bagheri am Montag an, dass die Gemeinsame Militärkommission beider Staaten in drei Monaten zusammentreten wird.

Bagheri äußerte sich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen, General Walerij Gerassimow. Der iranische Kommandeur erklärte, dass bei seinem Treffen mit Gerassimow die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften Irans und Russlands sowie ein Vertrag über die Zusammenarbeit in diesem Bereich besprochen wurde. Zudem seien die jüngsten regionalen und internationalen Entwicklungen sowie der Kampf gegen den Terrorismus thematisiert worden.

Bereits am Montag hatte Bagheri erklärt, dass er bei seinem Besuch in Moskau die Umsetzung von Verträgen über den Kauf von Militärausrüstung aus russischer Produktion verfolge. Außerdem sagte er am Sonntag, dass die Islamische Republik Iran entschlossen sei, die militärische Zusammenarbeit mit Russland im Einklang mit der vom iranischen Präsidenten Ebrahim Raissi verfolgten Politik des "Blicks nach Osten" auszubauen. Bei seiner Ankunft in Moskau erklärte der iranische General:

"Die neue Regierung misst dem Osten und den östlichen Ländern besondere Bedeutung bei." In den letzten Jahren habe sich die bilaterale Zusammenarbeit verbessert. Der iranische General war an der Spitze einer hochrangigen Militärdelegation auf offizielle Einladung Schoigus nach Moskau gereist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617043fbb480cc3a1800d2a0.jpeg>

snanews.de: **Prüfung von „Sputnik V“ durch WHO tritt in Endstadium – Impfstoffentwickler**

Eine Vorqualifizierungs-Auswahl des russischen Impfstoffes „Sputnik V“ für dessen Genehmigung durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) tritt laut einem Bericht in ein Endstadium.

Wie die Entwickler des Vakzins bei Twitter am Mittwoch mitteilten, soll eine Gruppe von WHO-Experten bald nach Russland kommen, um alle notwendigen Prüfungen abzuschließen und Unterlagen zu dem Impfstoff auszufüllen.

Wie der Leiter des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF), Kirill Dmitriev sagte, rechnet der Fonds damit, dass die WHO das Präparat in den nächsten zwei Monaten genehmigen werde.

Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko hat sich Ende September mit dem Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, getroffen. Die Gesprächspartner äußerten ihre Überzeugung, dass es keine Hindernisse für die Genehmigung von „Sputnik V“ gebe.

Laut Alexander Ginzburg, dem Leiter des Gamaleja-Zentrums, in dem „Sputnik V“ entwickelt wurde, seien die Haupthindernisse auf diesem Weg auf den Kampf um Finanzmittel internationaler Währungsfonds zurückzuführen. Diese Fonds finanzierten die Immunisierung in den Ländern, die kein eigenes Analogon des Impfstoffes entwickeln könnten bzw. kein Geld für den Kauf von Impfstoffdosen hätten. Es handele sich dabei um Dutzende von Milliarden Dollar, fügte er hinzu.

„Sputnik V“ wurde bereits in 70 Ländern mit insgesamt mehr als vier Milliarden Einwohnern genehmigt. Das Vakzin liegt weltweit auf dem Platz zwei bei staatlichen Genehmigungen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/08/3886197_0:159:3079:1890_1920x0_80_0_0_f13f7824f96c9dfa124f12fa289bc627.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 20. Oktober 2021 wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5, Kalinowo und Golubowskoje wurden mit Granatwerfern beschossen (insgesamt **43 Granaten**).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **China: Die Welt braucht keinen von den USA inszenierten "Demokratiegipfel"**

Die Vereinigten Staaten hatten kürzlich einen internationalen Gipfel für Demokratie vorgeschlagen, doch Russland und China sind davon nicht sehr angetan. Was die Welt stattdessen benötige, sei mehr Respekt vor dem Völkerrecht und dem UN-System. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, hat am Dienstag auf einer Pressekonferenz erklärt, Demokratie sei kein Slogan oder Dogma und dürfe nicht als Vorwand für die Durchsetzung von Hegemonie benutzt werden, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Wang bezog damit Stellung zu den jüngsten Äußerungen des russischen Außenministers Sergej Lawrow über den von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen "Gipfel für Demokratie". Lawrow hatte darauf verwiesen, dass Washington die Teilnehmer selbst auswählen werde, was im Grunde aus Moskaus Sicht "ganz im Sinne des Kalten Krieges ist, da es einen neuen ideologischen Kreuzzug gegen alle Andersdenkenden ausruft".

Wang stimmte Lawrow zu und ergänzte, was die Welt heute dringend brauche, sei kein sogenannter "Gipfel für Demokratie" oder eine "Allianz der Demokratien", sondern eine verstärkte globale Koordinierung und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Normen für internationale Beziehungen, wie sie in der UN-Charta festgelegt sind.

Der chinesische Diplomat warnte davor, den Gebrauch der Demokratie als Vorwand zu benutzen, um die eigene Inkompetenz und das eigene Versagen in der Staatsführung zu vertuschen. Die Bevölkerung sei es, die den hohen Preis aus grassierender Rassendiskriminierung, wachsenden sozialen Kluften und zunehmendem Wohlstandsgefälle zahlen müsse.

Anderen Ländern dürfe man nicht das Recht und die Freiheit nehmen, ihren eigenen

demokratischen Weg zu gehen, und dabei die Vielfalt der Geschichte, der Kultur, des Gesellschaftssystems und des Entwicklungsstandes der Länder völlig außer Acht lassen, sagte er.

Er sprach sich zudem dagegen aus, Ideologie und Werte dazu zu benutzen, andere Länder zu unterdrücken und geopolitische Strategien voranzutreiben, Spaltung und Konfrontation in der internationalen Arena zu schüren und die Welt unter dem Banner der Demokratie in die gefährliche Ära des Kalten Krieges zurückzusetzen. Wang fügte hinzu:

"Entfremdung, Spaltung und Konfrontation im Namen der Demokratie zu provozieren, bedeutet, den demokratischen Geist und die demokratischen Werte mit Füßen zu treten und zu verraten. Es wird nur Turbulenzen und Chaos in die Welt bringen und den Frieden und die Entwicklung der Menschheit untergraben."

Die internationale Gemeinschaft müsse sich dem widersetzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616fe62e48fbef06fb4b72fb.jpeg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 20. Oktober 3:00 Uhr bis 21. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wasiljewka, Staromichajlowka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 50.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

de.rt.com: Russland: Nawalnys Mitstreiterin Sobol zur Fahndung ausgeschrieben

Laut der Datenbank des russischen Innenministeriums ist Ljubow Sobol, die langjährige Mitstreiterin Alexei Nawalnys, zur Fahndung ausgeschrieben. Ob sie sich derzeit in Russland

aufhält, ist unklar.

Die Juristin und Vertraute des Oppositionellen Alexei Nawalny ist auf die Fahndungsliste gesetzt worden. Das russische Innenministerium veröffentlichte entsprechende Informationen am Mittwochabend in seiner Datenbank. Laut dem Eintrag wird Sobol nach einem Artikel des Strafgesetzbuches gesucht. Es werden jedoch keine weiteren Einzelheiten genannt.

Sobol reagierte noch am selben Abend. "Sie haben ein Foto von meinem Hungerstreik aus dem Jahr 2019 genommen. Hatten die Bullen kein anderes oder gefällt es ihnen so gut?", schrieb sie auf Twitter.

Anfang August war die 34-Jährige zu eineinhalb Jahren Hausarrest verurteilt worden. Das Gericht befand sie für schuldig, bei einer Kundgebung gegen pandemiebedingte Hygienevorschriften verstoßen zu haben. Laut Gerichtsurteil darf sie nachts nicht hinausgehen und Moskau nicht verlassen.

Mehrere russische Medien berichteten wenige Tage später, dass Sobol nach Istanbul geflogen sei. Sie selbst hat diese Angaben weder bestätigt noch dementiert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61707a8fb480cc012d4a46e6.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 21. Oktober um 9:00 16.959 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 12.430 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 2002 Todesfälle.

de.rt.com: **Ukraine will den Begriff "Großer Vaterländischer Krieg" aufgeben**

Der Begriff "Großer Vaterländischer Krieg" soll in der Ukraine künftig nicht mehr offiziell verwendet werden. In einem Glossar des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates wird er als "Klischee" angeführt. Als Optionen stehen "Zweiter Weltkrieg" und "Sowjetdeutscher Krieg" zur Auswahl.

Der Begriff "Großer Vaterländischer Krieg" wird im Glossar im Abschnitt "Terminologie im Zusammenhang mit Propaganda und Politik des historischen Gedächtnisses" erwähnt. Als Ersatzoptionen werden die Begriffe "Zweiter Weltkrieg" und "Sowjetdeutscher Krieg" nahegelegt. Zudem sollen Militärhandlungen im Donbass nun als "Russlands bewaffnete Aggression gegen die Ukraine" oder "russisch-ukrainischer Krieg" bezeichnet werden. Das Glossar enthält derzeit 63 Begriffe und Wendungen. Es wurde am Mittwoch auf der offiziellen Webseite des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates präsentiert. Demnach war das Dokument für ukrainische Behörden, Diplomaten und Medienvertreter "im Zusammenhang mit der Besetzung der Krim und eines Teils des Donbass" ausgearbeitet worden.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte wiederholt andere Länder für deren Versuche

kritisiert, die Geschichte umzuschreiben. So warf Putin dem Europäischen Parlament im Dezember 2019 vor, im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Resolution "Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas" die historische Wahrheit verfälschen zu wollen. Er zeigte sich empört darüber, dass die Resolution die Sowjetunion praktisch gemeinsam mit Nazi-Deutschland für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs verantwortlich gemacht habe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6170734648fbef31664ea1dd.jpg>

Mzdnr.ru: Am 20. Oktober wurden in der DVR 2115 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 894 positiv, bei 27 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 21. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 78.434 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

12.984 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 59.360 als gesund entlassen, es gibt 6090 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 368 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 5 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 195 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3891 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1810 mit Sauerstoffunterstützung (+132 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Schoigu: USA beginnen mit Modernisierung taktischer Atomwaffen und Arsenale in Europa**

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat mitgeteilt, dass die USA mit der Modernisierung ihrer taktischen Atomwaffen in Europa begonnen haben. Hierin sieht der Politiker einen Verstoß gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Das US-Militär hat mit der Modernisierung seiner taktischen Nuklearwaffen in Europa begonnen. Dies erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu auf einer gemeinsamen Sitzung des russischen und des weißrussischen Verteidigungsministeriums am Mittwoch.

Besonders besorgniserregend sei die Beteiligung von Piloten aus Nicht-Atomwaffenblock-Mitgliedsstaaten an Übungen zum Einsatz taktischer Atomwaffen, hieß es weiter. Der russische Verteidigungsminister unterstrich:

"Wir sehen darin einen direkten Verstoß gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen."

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) war von den fünf

Atommächten USA, Frankreich, China, Großbritannien und der Sowjetunion initiiert worden, um die Zahl der Länder zu begrenzen, die Kernwaffen besitzen. Anfang März 1970 trat der NVV in Kraft. Aktuell sind fast alle Staaten der Welt Mitglieder des Vertrags, mit Ausnahme Israels, Indiens, Pakistans, Nordkoreas und des Südsudan.

Vor kurzem teilte der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow mit, dass Moskau die Arbeit seiner ständigen Vertretung bei der NATO ab dem 1. November einstellen wird. Die Maßnahme erfolgte rund zwei Wochen nachdem die NATO acht Mitarbeitern der russischen Mission bei der Organisation die Akkreditierung entzogen und die Maximalgröße der russischen Delegation von 20 auf zehn Personen verringert hatte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6170150cb480cc760655bb7a.jpg>

snanews.de: **Erster Waffendeal? London führt Gespräche mit Kiew über Raketenverkauf – Medien**

Großbritannien soll mit der Ukraine über Waffenverkäufe verhandeln, berichtet „The Times“ unter Berufung auf eine ukrainische Quelle.

Großbritannien führe demnach Gespräche mit der Ukraine, um ihr zum ersten Mal Waffen zu verkaufen, da es befürchte, dass Russland die Gaskrise ausnutzen könnte, um Gebiete zu erobern.

Die Pläne sehen vor, dass Großbritannien Boden-Boden-Raketen für ukrainische Patrouillenboote und Raketen für Flugzeuge bereitstellt, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern nach dem Brexit zu verstärken.

Außerdem erörtere laut dem Blatt das britische Verteidigungsministerium den Verkauf der von MBDA UK (der britischen Tochtergesellschaft des paneuropäischen Raketensystemunternehmens MBDA) entwickelten Boden-Boden-Raketen des Typs „Brimstone“, die „Schwärme“ von Zielen gleichzeitig treffen können und auf Schiffen der ukrainischen Marine eingesetzt werden sollen.

Im Oktober 2020 hatte der ukrainische Staatschef Wladimir Selenski einen Vertrag mit der britischen Exportkreditagentur (UKEF) unterzeichnet, der die Lieferung moderner Militärausrüstung und neuester Präzisionswaffen an Kiew, den Aufbau der Produktion bestimmter militärischer Produkte in der Ukraine sowie den Bau ukrainischer Marinestützpunkte vorsieht.

Großbritannien werde laut dem ukrainischen Präsidialamt die ukrainische Marine für 1,4 Milliarden US-Dollar mit modernen Raketenbooten ausrüsten, die mit den Nato-Standards kompatibel sind.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/15/4040001_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_4c1f036749679e147140e016a0715683.jpg

Dnr-sckk.ru: Infolge des morgendlichen Beschusses wurden eine junge Frau und ein Kind verletzt, außerdem wurden vier Häuser beschädigt

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine die **Siedlung „Gornjak“ im Kujbyschewskij-Bezirk von Donek** beschossen und Rohrartillerie des Kalibers 122 und 152mm eingesetzt.

Nach genauen Informationen wurden infolge des Beschusses ein Kind, geb. 2010 (Gehirnerschütterung, Prellung am Brustkorb) und eine junge Frau, geb. 2003 (Gehirnerschütterung) verletzt. Beide Verletzten wurden von einem Krankenwagen in die neurochirurgische Abteilung der Donezker klinischen Territorialvereinigung gebracht.

Außerdem wurden folgende Schäden festgestellt:

Uliza Drushby 16 (Dach, Fensterverglasung, zwei leichte Fahrzeuge);

Uliza Drushby 18 (direkter Treffer, beschädigt sind Dach, Wände, Möbel, Fensterverglasung, Gasleitung);

Uliza Drushby 18a (Dach, Fensterverglasung, ein leichtes Fahrzeug).

de.rt.com: Rosatom meldet Dampffleck an Meiler in Rostow am Don: Strahlungswerte normal, kein Material entwichen

Ein Dampffleck am Atomkraftwerk im russischen Rostow-am-Don meldet dessen Betreiber Rosatom. Der zweite Reaktorblock wurde deswegen zwecks Wartungsarbeiten angehalten. Die Strahlungswerte würden jedoch der Norm entsprechen und es sei kein radioaktives Material entwichen.

Der zweite Reaktorblock des Atomkraftwerks Rostow-am-Don wurde angehalten, meldete die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti am 21. Oktober mit Verweis auf eine Quelle beim Betreiber, dem Staatskonzern Rosatom. Grund sei ein Dampffleck an einem defekten Element des Dampfsättigungskontrollsystems:

"In einem der Räume, wo wärmemechanische Anlagen installiert sind, wurde bei einem Rundgang Dampf vorgefunden. Um 00:54 MSK am Donnerstag wurde der Reaktorblock prozedurkonform und gemäß abgesprochenem Antrag vorübergehend angehalten – zwecks vorgeschriebener Instandsetzungsarbeiten an diesen Anlagen."

Zum Reaktor selbst, so die Quelle von RIA Nowosti, habe die Anlage jedoch keinerlei unmittelbaren Bezug. Zumal es lediglich um den Dampf gehe, der sich im Sekundärkreislauf befindet und an den Dampfturbinen entspannt wird. Zum Dampf im Primärkreislauf hat dieser Dampf über den Wärmetauscher nur mittelbaren Kontakt:

"Es geht hier um den sogenannten Dampfzweitkreislauf, um die Wärmetauscheinrichtung – da ist nur sauberer Dampf und kann grundsätzlich keine Strahlung sein."

Demnach seien auch alle Strahlungswerte erwartungsgemäß im Normalbereich, so der Rosatom-Mitarbeiter, die Situation sei nichts Außerordentliches. Die Wartungsarbeiten werden einige Tage in Anspruch nehmen.

Derweil dementierte ein Vertreter des Kraftwerks gegenüber RIA Nowosti eine Dampfleckage. Er sprach lediglich von ordinären Wartungsarbeiten. Diese seien jedoch in der Tat auf Abweichungen im Betrieb des zweiten Reaktorblocks des Kraftwerks zurückzuführen, auf die folgend in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag ein technischer Eilantrag gestellt wurde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617124a6b480cc5b0d076402.jpg>

nachmittags:

deu.belta.by: **Ratschkow warnt vor hybriden Attacken auf Belarus und andere OVKS-Staaten**

Belarus und andere Staaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sind zum Ziel hybrider Attacken geworden. Das sagte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und nationale Sicherheit Sergej Ratschkow vor Journalisten.

Am Vorabend trat er auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses für politische Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der OVKS PV auf. Er kommentierte die Ansprache der belarussischen Abgeordneten und Mitglieder des Rates der Republik an die Weltgemeinschaft im Zusammenhang mit der Situation rund um Belarus. Er teilte auch seine Meinung über die Prioritäten der Parlamentarischen Versammlung der OVKS unter den gegenwärtigen Umständen mit.

Der Parlamentarier sagte: „Zweifellos ist Belarus der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit vollkommen bewusst beigetreten. Die Organisation hat ein großes Potenzial. Die Gründung der Parlamentarischen Versammlung der OVKS ist wichtig und symbolisch, denn sie hat einen politischen Auftrag: Sie soll die Ziele einer regionalen Verteidigungsorganisation fördern. Sergej Ratschkow betonte, dass Belarus ein aktives Mitglied der OVKS und ihrer Parlamentarischen Versammlung ist.

„Die aktuelle politische Situation in unseren Staaten ist nicht einfach. Wir sehen, dass wir attackiert werden. Es handelt sich um einen hybriden, ausgeklügelten Angriff sowohl auf die Republik Belarus als auch auf andere Staaten der Organisation. Es handelt sich nicht nur um einen wirtschaftlichen, sondern auch um einen politischen und diplomatischen Druck. Deshalb sollten wir aktiv in internationalen Organisationen mitarbeiten und unsere Position in allen internationalen und interparlamentarischen Gremien konsequent vertreten. Eine der

Aufgaben der OVKS PV ist es, eine solche Plattform zu sein. Wir arbeiten derzeit daran, den rechtlichen Rahmen für die Wahlbeobachtung in den OVKS-Staaten zu etablieren“, sagte der Senator.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1634810780_58687_big.jpg

armiyadnr.su: **Operative Information der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Kämpfer haben einen Artillerieangriff unter Einsatz von schweren, von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf den **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** verübt.

Heute Morgen haben Kämpfer eine Brigadeartilleriegruppe der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko aus Richtung Peski unter Einsatz schwerer Artillerie den Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen und drei 152mm- und 15 122mm-Artilleriegeschosse abgefeuert.

Die ukrainische Seite im GZKK hat ein weiteres Mal die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus ignoriert.

Infolge des Artilleriebeschusses wurden **zwei Mädchen, geb. 2003 und 2010, verletzt**, außerdem wurden **vier Häuser im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschädigt**.

Dank operativer Handlungen von Mitarbeitern des Zivilschutzministeriums gelang es, den Brand zu löschen. Derzeit gibt es keine Gefahr für Leben und Gesundheit von Zivilisten. Die Situation befindet sich unter voller Kontrolle der Führung der Republik, Anlass zu Panik gibt es nicht.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission, das Ergebnis der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer sowie den Einsatz von Artilleriegeschützen des Kalibers 122 und 152mm durch den Gegner zu registrieren.

Das Fehlen einer festen Reaktion der Führung der OSZE auf die letzten empörenden Verstöße von Seiten Kiews haben dem ukrainischen Kommando faktisch die Hände gelöst, das unbesorgt die Aggression gegen friedliche Bürger verstärkt.

de.rt.com: **Sputnik V: Begutachtung durch EMA frühestens im ersten Quartal 2022 möglich**

Die Europäische Arzneimittel-Agentur kann die Begutachtung des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V erst im ersten Quartal 2022 anordnen, berichtet Reuters. Dafür müssen der Behörde bis Ende November alle fehlenden Daten vorgelegt werden.

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) wird den russischen Corona-Impfstoff Sputnik V frühestens im ersten Quartal 2022 begutachten, wenn Russland alle notwendigen Daten bis Ende November zur Verfügung stellt. "Eine Entscheidung der EMA ist bis Ende dieses Jahres absolut unmöglich", berichtete Reuters unter Berufung auf die Behörde.

Eine Anerkennung des Vakzins würde russischen Staatsbürgern die Einreise in die EU vereinfachen, da dort nur Impfstoffe anerkannt werden, die von der EMA oder der Weltgesundheitsorganisation zugelassen sind. Der EU-Botschafter in Moskau Markus Ederer hatte am 8. Oktober erklärt, Russland hätte die Untersuchungen der EMA, die für die Anerkennung von Sputnik V erforderlich sind, mehrmals hinausgezögert. Sputnik V wurde im August 2020 in Russland registriert und ist in über 70 Ländern mit einer Gesamteinwohnerzahl von vier Milliarden Menschen zugelassen. Die Ergebnisse der im Februar durchgeführten Studien zeigen, dass der Impfstoff eine Wirksamkeit von fast 92 Prozent aufweist. Nach Angaben russischer Behörden ist Sputnik V gegen die Delta-Variante des Virus zu etwa 83 Prozent effektiv.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61712e4ab480cc5b3431e2c0.jpg>

deu.belta.by: **Es gibt noch Diskussionsfragen: Einzelheiten der Besprechung des Verfassungsentwurfs beim Präsidenten**

Igor Sergejenko, Geschäftsführer der Präsidialverwaltung, teilte die Einzelheiten des Treffens von Alexander Lukaschenko mit der Arbeitsgruppe für die Aufarbeitung der neuen Fassung der Landesverfassung mit.

"Auf Anordnung vom Präsidenten wurde diese Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir arbeiten fast täglich am Verfassungsentwurf, der vom Verfassungsausschuss ausgearbeitet wurde. Die Arbeitsgruppe besteht aus den Vertretern verschiedener Institutionen, Experten, Leitungskräften aus verschiedenen Bereichen, Juristen. Die Aufgabe ist den Entwurf fertig zu machen. Es gibt Stellen, die einer weiteren Diskussion und Aufarbeitung bedürfen, damit der Verfassungsentwurf anschließend landesweit zur Diskussion und zum Referendum vorgelegt werden kann, sagte der Igor Sergejenko.

Igor Sergejenko berichtete, dass beim Treffen mit dem Präsidenten die Aktivitäten der Arbeitsgruppe bezogen auf verschiedene Themen unter anderem den Status der Allbelarussischen Volksversammlung, die Befugnisse verschiedener Staatsorgane und andere Bestimmungen der Verfassung, besprochen wurden. "Wir haben noch eine sorgfältige und harte Arbeit vor. Denn nach dieser Verfassung muss man Jahre und Jahrzehnte lang leben", betonte er.

Auf die Frage, ob es schon über die Zahl der Delegierten und Bildungsordnung der Allbelarussischen Volksversammlung entschieden worden ist, antwortete der Geschäftsführer der Präsidialverwaltung so: „Ich möchte nicht irreführen. Wir haben noch vor, Ansätze zu bestimmen, wie die Allbelarussische Volksversammlung gebildet werden soll. Schon der Name - Allbelarussische Volksversammlung - steht für breite Gesellschaftsschichten. Wie die Regionen vertreten sein werden, wie die Abgeordneten vertreten sein werden... Die Frage, wie hoch die Anzahl der Abgeordneten sein sollte, wird noch diskutiert. Alle Gesellschaftsschichten sollten bei der Allbelarussischen Volksversammlung vertreten sein.

Gleichzeitig sollte sie aber auch nicht zu groß sein. Unsere Arbeitsgruppe wird sich unter anderem mit diesen Fragen befassen", sagte Igor Sergejenko.

Der Geschäftsführer der Präsidialverwaltung geht davon aus, dass die ganze Arbeit im Allgemeinen etwa einen Monat in Anspruch nehmen muss. "Ich denke, dass wir bis Dezember, vielleicht bis Ende November, eine landesweite Diskussion starten können", sagte er.

"Das ist ein ernstzunehmendes Dokument. Ein epochales, würde ich sogar sagen. Wir müssen in Zukunft sehen, wie die Verfassung arbeiten wird. Welche Risiken, Herausforderungen und Bedrohungen haben wir heute und welche erwarten uns morgen. Es ist nicht einfach, sich zu sammeln, hinzusetzen und einen Gesetzestext zu schreiben. Der sollte ausgehend von den Erfahrungen vorheriger Generationen prognostiziert werden. Das ist eine sehr seriöse Arbeit", unterstreicht Igor Sergejenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1634817926_58692_big.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 21.10.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus **Staromichajlowka** mit Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Insgesamt wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 35 Granaten mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgefeuert.

Kämpfer der 25. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Kamenka aus **Wasiljekwa** mit 120mm-Mörsern beschossen und fünf Mörsergeschosse abgefeuert.

Dank sachkundiger und koordinierter Handlungen der diensthabenden Kräfte der Volksmiliz der DVR wurde **gestern im Gebiet von Wasiljekwa eine Drohne** der 25. Brigade vom Typ „Phantom“, mit deren Hilfe die ukrainischen Kämpfer das Mörserfeuer leiteten, **entdeckt und abgeschossen**.

Zurzeit führen unsere Spezialisten eine Analyse der Daten auf dem Datenträger der Drohne durch.

Heute Morgen haben Kämpfer eine Brigadeartilleriegruppe der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko aus Richtung Peski unter Einsatz schwerer Artillerie den **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** beschossen und drei 152mm- und 15 122mm-Artilleriegeschosse abgefeuert.

Infolge des Artilleriebeschusses wurden zwei Mädchen, geb. 2003 und 2010, verletzt, außerdem wurden vier Häuser im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschädigt. ...

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück

Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Panzertransporter auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgsschürzenbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Pawlopol.

Außerdem gefährden die Kämpfer weiter die Zivilbevölkerung durch die **Installation von Minensperren in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern**. So wurde uns von örtlichen Einwohnern von Nowogrigorowka bekannt, dass Kämpfer der 93. Brigade am südwestlichen Rand in der Nähe der Straße zehn Antipanzer- und 22 Antipersonenminen installiert haben. Nach unseren Informationen haben Mitarbeiter des SBU in der letzten Woche die Aktivität einer kriminellen Gruppe aus der 10. Gebirgsschürzenbrigade unterbunden, die sich mit dem Diebstahl von Treibstoff befassen.

Bei der Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass der systematische Diebstahl im 109. Bataillon der 10. Brigade durch rechtswidrige Abschreibung von Treibstoff auf defekte Militärtechnik unter Druck auf die Kompaniekommandeure von Seiten des für materielle Versorgung zuständigen stellvertretenden Bataillonskommandeurs erfolgt, sie mussten ihm wöchentlich fünf Tonnen Treibstoff anliefern. Der gestohlene Treibstoff wurde mit zivilen Fahrzeugen vom Gebiet des Bataillons in das Gebiet von Dserschinsk transportiert und zu verringertem Preis an Aufkäufer verkauft. Wie uns bekannt wurde, wird gegen den Kommandeur des 109. Bataillons und zwei seiner Stellvertreter sowie eine Reihe anderer Funktionsträger der Brigade ermittelt.

snanews.de: **Südkorea startet erste Weltraumrakete aus eigener Produktion, Satellit wird aber nicht abgesetzt**

Südkorea hat am Donnerstag seine erste eigenständig entwickelte Weltraumträgerrakete „Nuri“ gestartet, um das Weltraumprogramm zu fördern und dem Elite-Weltraumklub beizutreten. Dies teilte die Nachrichtenagentur „Yonhap“ am Donnerstag mit.

Die dreistufige „Nuri“ oder „Korean Satellite Launch Vehicle Two“ (KSLV-II) startete um 17:00 Uhr (Ortszeit) vom Naro Space Center (dt. Weltraumzentrum Naro) aus der Provinz Goheung, rund 473 Kilometer südlich der Hauptstadt Seoul.

Der Start fand laut der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaften und Informations- und Kommunikationstechnologien eine Stunde später als geplant statt. Der Vizeminister des Ministeriums, Yong Hong-taek, erklärte es in einer Pressekonferenz damit, dass die Ingenieure „zusätzliche Zeit brauchten, um die Klappen in der Trägerrakete zu prüfen“.

Die 200 Tonnen schwere „Nuri“ sollte eine 1,5 Tonnen schwere Satelliten-Attrappe ins Weltall befördern, aber es gelang nicht ganz. Die Trägerrakete erreichte die Höhe von 700 Kilometern, aber konnte den Satelliten nicht ins All bringen.

„Der Teststart von Nuri-ho ist abgeschlossen worden. Ich bin stolz darauf“, sagte der südkoreanische Präsident Moon Jae-in gegenüber Journalisten im Weltraumzentrum Naro, wo er den Start miterlebt hatte. „Leider haben wir das Ziel nicht perfekt erreicht, aber wir haben beim ersten Start eine sehr aner kennenswerte Leistung gezeigt.“

„Nuri“ ist die erste Weltraumrakete, die von Südkorea komplett mit eigenen Mitteln und von eigenem Territorium aus gestartet worden ist.

Südkorea war seit langem bestrebt, in den Markt für die Beförderung von Satelliten ins All einzusteigen.

Dazu sind eigene Trägerraketen notwendig, die im Rahmen eines Raumfahrtprogramms entwickelt werden. Allein für die Entwicklung der KSLV-II „Nuri“ hatten die Südkoreaner knapp 1,5 Milliarden Euro ausgegeben. Anfang 2013 hatte Südkorea erstmals selbst einen Forschungssatelliten ins All geschossen, aber die erste Stufe der damals genutzten Trägerrakete KSLV-1 („Naro“) war in Russland gebaut worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/15/4041289_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_072012bedc8e41bf96e3c59112f5a60c.jpg

snanews.de: **Nach Urteil zu EU-Recht: Paris schließt Sanktionen gegen Polen nicht aus**

Clément Beaune, französischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten, hat im Gespräch mit dem TV-Sender LCI Sanktionen gegen Polen nicht ausgeschlossen, sollte Warschau an seiner Entscheidung zu dem Vorrang des nationalen Rechts vor EU-Recht festhalten.

„Wir müssen zuerst einen politischen Dialog führen, aber wenn er nichts bringt, kann es zu Sanktionen unterschiedlicher, auch finanzieller Art kommen“, sagte Beaune im Interview am Donnerstag

Er glaube nicht, dass Polen aus der EU austreten wolle, gehe aber davon aus, dass das Land „das Risiko eingeht, wegen der Nichtbeachtung der gemeinsamen Regeln auszutreten“.

„Europa ist eine souveräne und kollektive Entscheidung“, so Beaune weiter. Niemand würde jemanden zwingen, in die Europäische Union (EU) einzutreten. Diese könne man sogar verlassen, wie es beim Brexit demokratisch geschehen sei.

Beim EU-Gipfel, der am Donnerstag eröffnet wird, soll laut Beaune keine konkrete Entscheidung zu Polen getroffen werden. Der polnische Ministerpräsident werde dabei eine Gelegenheit haben, die Lage zu klären. Er habe dies am Dienstag im Europäischen Parlament getan. Leider sei es nicht sehr überzeugend gewesen.

Hintergrund

Das polnische Verfassungsgericht hatte Anfang Oktober entschieden, dass Teile des EU-Rechts nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar seien. Dies stellt einen Eckpfeiler der europäischen Rechtsgemeinschaft in Frage. Die EU-Kommission ist der Ansicht, dass EU-Recht grundsätzlich Vorrang vor nationalem Recht habe.

Die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen erklärte jüngst, dass eine erste Analyse des polnischen Urteils auf sehr ernsthafte Probleme hindeuten würde. Für den Fall, dass diese Bedenken durch eine tiefgehende Analyse bestätigt würden, habe die deutsche Politikerin mehrere Handlungsoptionen, darunter die Einleitung eines weiteren Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen, aufgezeigt, hieß es in Brüssel.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/0c/3196265_0:173:1920:1253_1920x0_80_0_0_223a64839da88711ee10b003f2499b13.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punktes des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In Richtung Popasnaja haben Kämpfer des 1. Bataillons der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen.

Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 zweimal **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Kämpfer der 17. Brigade, die Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade ausführen, von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. ...

snanews.de: Kreml-Sprecher: Verleihung des Sacharow-Preises an Nawalny wertet den Preis womöglich ab

Laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow wertet das Europaparlament durch die Verleihung des Sacharow-Preises „für geistige Freiheit“ an den verurteilten Blogger Alexej Nawalny dieses Jahr den Namen des Preises womöglich ab.

„Wir kennen das Europäische Parlament, wir haben Respekt vor diesem Gremium, ganz klar“, wird Peskow in der russischen Presse am Donnerstag zitiert. „Aber niemand kann uns zwingen, solche Entscheidungen zu respektieren“, betonte der Sprecher und erklärte, man sei im Kreml der Ansicht, dass das Europaparlament durch solche Beschlüsse die Bedeutung und den Namen des Preises – „für geistige Freiheit“ – womöglich „erheblich abwertet“.

„Wir glauben, dass solche Entscheidungen von Menschen getroffen werden, die in diesem Fall, in der Geschichte dieses Verurteilten, der seine Strafe verbüßt, einfach nicht über zuverlässige Informationen verfügen“, fügte Peskow hinzu.

Der russische Kreml-Kritiker Alexej Nawalny wurde am Mittwoch mit dem Sacharow-Preis des Jahres 2021 für „geistige Freiheit“ des Europäischen Parlaments ausgezeichnet. Das Parlament bezeichnete Nawalny als „politischen Gefangenen“, als „Kämpfer gegen Korruption“ und als „Hauptgegner des russischen Präsidenten Wladimir Putin“. Der Preisträger 2020 war die Opposition in Weißrussland, 2019 war es der uigurische Menschenrechtsaktivist Ilham Tohti und 2018 – der ukrainische Filmemacher Oleg Sensow.

Nawalny und seine Organisationen

Anfang Juni hatte das Moskauer Stadtgericht die Organisationen Nawalnys, die damals bereits als ausländischer Agent galten, als extremistisch eingestuft und ihre Abschaffung

angeordnet.

Der Kreml-Kritiker, dessen frühere Bewährungsstrafe wegen Unterschlagung von Geldmitteln des Unternehmens Yves Rocher durch eine reale Freiheitsstrafe ersetzt wurde, sitzt seit Februar in einer Arbeitskolonie ein. Grund dafür ist, dass Nawalny gegen die Auflagen für seine Bewährungsstrafe verstoßen hatte.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/15/4045975_0:244:3205:2047_1920x0_80_0_0_f4eaa702cec710118ee8f24b4d838368.jpg

abends:

de.rt.com: **Berichte: "Kamikazedrohnenangriff" auf US-Militärbasis Al-Tanf in syrischer Provinz Homs**

Der US-Stützpunkt Al-Tanf in der syrischen Provinz Homs ist Berichten zufolge entweder mit Raketen oder Kamikazedrohnern angegriffen worden. Verletzte wurden nicht gemeldet. Das US-Zentralkommando machte "vom Iran unterstützte Milizen" für den Angriff verantwortlich. Der Stützpunkt des völkerrechtswidrig in Syrien befindlichen US-Militäraufgebots in Al-Tanf, in der Provinz Homs, soll Berichten zufolge entweder mit Raketen oder aber mit Kamikazedrohnern angegriffen worden sein.

Erste Meldungen über den Angriff tauchten am Mittwoch gegen 22 Uhr Ortszeit im Internet auf. Es war zunächst von einer "Kamikazedrohne" und mehreren Flugzeugen die Rede. Die Nachrichtenagentur Al Mayadeen schrieb – mit Verweis auf nicht näher genannte "Quellen" – von einem Angriff mit "fünf Drohnen und Raketenartillerie". Die Attacke habe insbesondere den Baracken und Unterkünften der Soldaten gegolten. Zudem sei ein Brand auf dem Stützpunkt ausgebrochen, der zu dessen "teilweiser Zerstörung" führte. Ein Vertreter des US-Zentralkommandos, in dessen Zuständigkeitsbereich auch der Nahe Osten fällt, erklärte gegenüber Sky News Arabia (hier zitiert von EMEA News), dass der Stützpunkt von "gezielten Raketenschlägen" getroffen worden sei. Es habe aber keine Opfer gegeben. "Ein Kamikazedrohnenangriff auf den Koalitionsstützpunkt in Al-Tanf, Syrien, wurde bestätigt."

"Ersten Einschätzungen" zufolge bestehe der Verdacht, dass es sich bei den Urhebern des Angriffs um "vom Iran unterstützte Milizen" handelt, doch die Ermittlungen liefen noch, fügte der US-Vertreter hinzu.

In weiteren Berichten hieß es, mehrere Drohnen hätten den Stützpunkt aus Richtung der irakisch-syrischen Grenze angegriffen. Auch war die Rede davon, dass Kampfflugzeuge Ziele in der umliegenden Wüste attackiert hätten. Allerdings scheint es sich bei diesen um US-Kampffjets gehandelt zu haben, die nach dem Angriff Vergeltungseinsätze flogen. Auf Twitter schrieb der Aktivist Heshmat Alavi:

"Dies ist ein Beispiel für eine Kamikazedrohne, die vom #Iranischen Regime und seinen Stellvertretern eingesetzt wird."

Nach unbestätigten Meldungen sollen Mitglieder einer in der Region operierenden Miliz die US-Militärs in Al-Tanf vor dem Angriff mit der Warnung kontaktiert haben, dass der Stützpunkt evakuiert werden sollte. Anderen Berichten zufolge wurde der geplante Angriff noch rechtzeitig von vor Ort tätigen Mitarbeitern des US-Geheimdienstes aufgedeckt. Dies wiederum habe dafür gesorgt, dass der Stützpunkt etwa eine Stunde vor dem Angriff von allen Personen geräumt werden konnte.

Eine Stunde später sollen fünf Drohnen den Stützpunkt angegriffen haben. Eine davon sei aus dem Irak nach Syrien eingedrungen.

Der US-Stützpunkt in Al-Tanf wurde im Jahr 2016 eingerichtet, um sogenannte "gemäßigte Rebellen" gegen die Regierung in Damaskus auszubilden. Dort sollen rund 200 US-Soldaten stationiert sein, die unter anderem die Miliz Revolutionäre Kommandoarmee (Dschaisch Maghawir al-Thawra) unterstützen. Überläufer aus den Reihen dieser Miliz hatten im Jahr 2020 berichtet, dass sie einerseits IS- und Al-Qaida-Terroristen in ihren Kaderbestand aufnehmen, und andererseits Terroranschläge und Sabotageakte verübe.

Einigen Quellen zufolge handelt es sich bei dem Angriff um einen Vergeltungsschlag des Irans gegen Truppen der USA als Verbündete Israels: In der vergangenen Woche hatte die israelische Luftwaffe einen Angriff gegen Ziele in Palmyra geflogen – ein sehr ungewöhnlicher Großangriff auf strategisch wichtige iranische Einrichtungen. Die israelischen Flugzeuge sollen dabei aus dem Luftraum des nun angegriffenen Stützpunkts gefeuert haben.

In dem Gebiet, das an den Irak und Jordanien grenzt, befindet sich auch das Flüchtlingslager Rukban. Dieses unterliegt de facto der Kontrolle der Milizen vor Ort. Die Paramilitärs unterhalten einerseits unmittelbare Kontakte zu der Terrormiliz Islamischer Staat und zu Al-Qaida, mitsamt deren Ausläufern und Verbündeten. Andererseits werden sie auch von den US-Truppen in Al-Tanf mit Ausbildungsprogrammen unterstützt und mit Geld, Waffen, Munition, Material und Gerät aller Art versorgt.

Syrien hat jede US-Truppenpräsenz auf seinem Boden als illegalen Akt der Aggression verurteilt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61718fd348fbef567539b15d.jpeg>

snanews.de: **Putin kritisiert „Wertediktatur“ im Westen**

Der russische Präsident hat am Donnerstag eine Rede im internationalen Diskussionsklub „Valdai“ gehalten. Dabei hat er solche Themen wie Kampf um Gleichberechtigung und neue westliche Werte mit harter Kritik angegangen.

So gleicht ihm zufolge der Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung in den

westlichen Ländern einem aggressiven Dogmatismus fast an der Grenze der Absurdität, insbesondere wenn es darum geht, die Werke der Klassiker in den Schulen nicht mehr zu studieren.

„Wenn wir uns anschauen, was in einer Reihe westlicher Länder passiert, lernen wir mit Erstaunen einheimische Praktiken, die wir selbst glücklicherweise, ich hoffe, in ferner Vergangenheit zurückgelassen haben. Der Kampf um Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung wird zu aggressivem Dogmatismus am Rande der Absurdität, wenn die großartigen Autoren der Vergangenheit – wie Shakespeare – nicht mehr an Schulen und Universitäten gelehrt werden, weil sie, diese Ideen, dort als rückständig gelten. Klassiker gelten als rückständig, die die Bedeutung von Geschlecht oder Rasse nicht verstehen“, sagte der Kremlchef.

Auch die Diskussion um die Rechte von Männern und Frauen sei im Westen zu einer absoluten Phantasmagorie geworden, so Putin.

„In einer Reihe westlicher Länder hat sich die Diskussion über die Rechte von Männern und Frauen zu einer vollständigen Phantasmagorie entwickelt. Schauen Sie, Sie werden es schaffen, wie die Bolschewiki vorgeschlagen haben, nicht nur Hühner, sondern auch Frauen zu vergesellschaften. Noch ein Schritt – und Sie werden da sein“, erklärte der Präsident. Die Anhänger neuer Ansätze gehen nach Putins Ansicht sogar so weit, dass sie diese Konzepte selbst abschaffen wollen. „Wer riskiert zu behaupten, dass es immer noch Männer und Frauen gibt, und das ist eine biologische Tatsache, wird fast geächtet“, fügte der Präsident hinzu.

Putin über Wertediktatur

Laut dem Kremlchef sind Werte ein einzigartiges Produkt der kulturellen und historischen Entwicklung jeder Nation. Die gegenseitige Verflechtung erweitere den Horizont und erlaube einem, die eigene Tradition anders zu begreifen. Versuche der Wertediktatur würden somit in der Regel zu einer Rückreaktion und dem Gegenteil des erwarteten Ergebnisses führen. „(...) das Fremde wird dennoch abgelehnt, vielleicht sogar in scharfer Form“, so Putin.

„Man kann niemandem etwas aufzwingen, seien es die Prinzipien eines sozialpolitischen Systems oder Werte, die jemand aus eigenen Gründen als universell bezeichnet hat. Schließlich ist offensichtlich, dass im Falle einer echten Krise nur ein universeller Wert übrig bleibt – das menschliche Leben“, sagte der russische Staatschef abschließend.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/0d/3942512_0:0:2660:1497_1920x0_80_0_0_1f003b946ae41b694a61db838d521afc.jpg